

**PROTOKOLL**

Sitzung der Vollversammlung

Datum:	11. September 2019
Uhrzeit:	16.10 Uhr – 19.00 Uhr
Ort:	Sofitel Berlin Kurfürstendamm, Augsburger Str. 41, 10789 Berlin, Raum Concorde
Vorsitz:	Dr. Beatrice Kramm (Präsidentin)
Anwesend:	Die in der Anwesenheitsliste verzeichneten Mitglieder. Jan Eder (Hauptgeschäftsführer) Christoph Irrgang (stellvertretender Hauptgeschäftsführer) Vesna Mokorel Kalusa (Protokollführerin)

Tagesordnung:

-
- TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Vollversammlung vom 17. Juni 2019*
 - TOP 2: Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin*
 - TOP 3: Bericht zum aktuellen Stand unserer Initiative zur unternehmerischen Freiheit*
 - TOP 4: Themenschwerpunkte Arbeitsprogramm 2020*
 - TOP 5: Themen aus den Ausschüssen*
 - TOP 6: Regularien*
 - TOP 7: Verschiedenes*
-

Aufgrund der früheren Ankunft des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Herrn Michael Müller, schlägt Frau Dr. Kramm vor, die Sitzung mit TOP 2: Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, zu beginnen. Die Vollversammlung stimmt dieser Änderung der Tagesordnung zu.

TOP 2: Besuch des Regierenden Bürgermeisters von Berlin

Frau Dr. Kramm begrüßt den Regierenden Bürgermeister Müller als Gast der Vollversammlung.

Herr Müller bedankt sich zunächst bei Frau Dr. Kramm für die Einladung zur Sitzung. In seinen Ausführungen geht er auf den Wohnungsbau und dem damit verbundenen Thema Mietendeckel, den Ausbau von Infrastruktur, Gewerbeflächen und Wirtschaftsverkehr sowie die Stärkung des Wissenschaftsstandortes Berlin ein. Anschließend thematisiert er im Zusammenhang mit der Fachkräftesicherung insbesondere die Ausbildungssituation in der Stadt. Er appelliert an die Berliner Wirtschaft, die Politik bei diesem Thema zu unterstützen. Abschließend wünscht er sich eine Fortsetzung der guten Zusammenarbeit mit den Berliner Unternehmern und insbesondere mit den Mitgliedern der Vollversammlung.

An der Diskussion mit dem Regierenden Bürgermeister beteiligen sich die Damen Delègue und Mrowetz sowie die Herren Fietkau, Gruhn, Henselek, Kaupert, Klussmann, Wedegärtner und Wohltorf. Zunächst wird das Thema Wohnungsbau und die damit verbundenen Regulierungsinstrumente diskutiert. Die Runde äußert große Sorge, dass die seitens der Berliner Politik vorgesehenen Maßnahmen (Mietendeckel, Grundsteuer etc.), die Investitions- und Planungssicherheit in der Stadt negativ beeinflussen könnten, was ein verschlechtertes Investitionsklima beim Wohnungsbau zur Folge hätte. Jedes Jahr ziehen ca. 40.000 Menschen nach Berlin. Diese potenziellen Fachkräfte suchen nach Wohnungen und ggf. auch nach Gewerbeflächen. Schon heute sind diese Flächen knapp. Ein schlechtes Investitionsklima würde die Anzahl der fehlenden Flächen noch erhöhen und dadurch die Mieten weiter steigen lassen. Der Regierende Bürgermeister erläutert, es könne sein, dass Investitionen nach der Einführung neuer Regulierungsinstrumente zunächst sinken. Da letztere jedoch so ausgerichtet sein müssten, dass sie auch juristisch Stand hielten, entstehe Rechts- und Planungssicherheit, die sich wiederum positiv auf das Investitionsklima auswirke. Die Vollversammlungsmitglieder sprechen auch das Thema Nutzungskonflikte zwischen Wohn- und Gewerbeflächen an. Nutzungskonflikte seien in allen Großstädten ein bekanntes Problem, das jedoch nicht nur mit Neubau sondern auch mit Stadtentwicklungsplänen, die eine Mischung aus neuen und bestehenden Wohn-, Büro- und Gewerbeflächen vorsehen, angegangen werden könne. Der Regierende Bürgermeister spricht in diesem Zusammenhang auch die Kooperation innerhalb der Koalition an. Da die Regierungsparteien unterschiedliche Meinungen bzgl. des Themas Wohnungsbau vertreten, könnten gemeinsame Lösungen manchmal nur schwer gefunden werden. Des Weiteren thematisiert die Runde das Thema Mobilität, insbesondere den Wirtschafts- und Entsorgungsverkehr, sowie den Umgang mit den E-Rollern in der Stadt. Der Regierende Bürgermeister erklärt, dass sich Mobilitätsangebote in der Zukunft vor dem Hintergrund der Digitalisierung und des Umweltschutzes ändern werden. In Städten entwickle sich der automatisierte und vernetzte öffentliche Verkehr, der künftig noch mehr zum Einsatz kommen wird. Wichtig sei, dass der Liefer- und Entsorgungsverkehr bevorzugt den Straßenraum nutzen dürfe. Bei den neu zugelassenen E-Rollern in der Stadt stimmt der Regierende Bürgermeister der Runde zu, dass ein passendes Konzept für diese Fahrzeuge noch ausgearbeitet werden muss. Als Best-Practice-Beispiele dafür könnten die bereits bestehenden Konzepte in den anderen Großstädten dienen. Mit Blick auf das Thema Straßensanierungen beobachte er mit Sorge, dass die Investitionen in diesem Bereich in den letzten Jahren zurückgegangen sind. Aber auch hier änderten sich die Rahmenbedingungen, was eine Steigerung der Investitionsvorhaben bei den Straßen- und energetischen Gebäudesanierungen zur Folge und damit einen positiven Einfluss auf die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes haben werde. Des Weiteren erörtert die Runde die Kooperation innerhalb der Metropolregion Berlin-Brandenburg. Kooperationsvorhaben beider Regionen würden vor allem bei den Themen Wohn- und Gewerbeflächen sowie Verkehr angestrebt. Abschließend stellt der Regierende Bürgermeister seine Vision für Berlin vor. Er wünscht sich vor allem eine stärkere Entwicklung der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in der Stadt, die auch eine wirtschaftliche Entwicklung sowie Sicherung der Arbeitsplätze mit sich bringt.

Frau Dr. Kramm bedankt sich herzlich beim Regierenden Bürgermeister für seine Bereitschaft, vor der Vollversammlung zu sprechen und für die Zeit, die er dafür zur Verfügung gestellt hat.

Bevor Frau Dr. Kramm den TOP 1 aufruft, informiert sie über zwei personelle Veränderungen in der Vollversammlung.

Herr Benjamin Maischak, Geschäftsführer der JobUFO GmbH, ist aus seinem Unternehmen und somit aus der Vollversammlung ausgeschieden. Frau Dr. Kramm wünscht ihm für die Zukunft alles Gute. Sein Nachrücker in der Wahlgruppe 2 – Digitale Wirtschaft, Untergruppe Dienstleistungen – ist Herr Thomas Schindler, Geschäftsführer der Delodi UG (haftungsbeschränkt). Er engagiert sich bereits als stellvertretender Ausschussvorsitzender im Fachausschuss Innovation & Technologie sowie im Branchenausschuss Digitale Wirtschaft.

Des Weiteren hat Herr Rainer Janßen, Geschäftsführer der Nimbus Steuerberatungsgesellschaft mbH, sein Mandat niedergelegt. Frau Dr. Kramm wünscht auch ihm für die Zukunft alles Gute. Sein Nachrücker in der Wahlgruppe 13 - Unternehmensberatung, ist Herr Fabio Reinhardt, Inhaber Fabio Reinhardt. Er engagiert sich bereits im Fachausschuss Bildung, Fachkräfte, Arbeitsmarkt. Herr Reinhardt stellt sich der Vollversammlung kurz vor.

Vor dem Eintritt in TOP 1 sind 51 Mitglieder der Vollversammlung anwesend.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Vollversammlung vom 17. Juni 2019

Die Vollversammlung genehmigt einstimmig die Niederschrift der Sitzung der Vollversammlung vom 17. Juni 2019.

TOP 3: Bericht zum aktuellen Stand unserer Initiative zur unternehmerischen Freiheit

Herr Nolte berichtet anhand der als Anlage 2 beigefügten Präsentation zum aktuellen Stand und den geplanten weiteren Schritten bei der Initiative der IHK Berlin für unternehmerische Freiheit. Die Vollversammlung hatte anlässlich des Starts des Enteignungsvolksbegehrens in ihrer Juni-Sitzung entschieden, dem Thema Volksbegehren mit einer eigenen, öffentlich wirksamen Initiative zu begegnen. In der damaligen Diskussion bestand Konsens, die Initiative nicht nur auf das Volksbegehren zu beschränken, sondern das Thema unternehmerische Freiheit im weiteren Sinne zu adressieren, um damit das Meinungsbild auch über den möglichen Volksentscheid hinaus nachhaltig zu prägen. Zudem muss sie identifikationsstiftend für die Berliner Mitgliedsunternehmen und Öffentlichkeit sein und dies auf eine konstruktive und leicht verständliche Art und Weise. Gegenüber der Politik soll die Initiative eine klare Positionierung der Berliner Wirtschaft gegen Enteignungen signalisieren, Voraussetzungen für Wachstum und Wohlstand verdeutlichen sowie eine wirtschaftsfreundliche Politik ohne Überregulierung einfordern. Vor diesem Hintergrund erfolgte im Sommer eine Ausschreibung zur Beauftragung einer externen Agentur. Im Rahmen eines Pitches Anfang September, an dem auch vier Präsidiumsmitglieder teilnahmen, haben drei Agenturen ihre Umsetzungsideen vorgestellt. Im Gesamtpaket hat die Agentur Scholz & Friends mit ihrer Umsetzungsidee am meisten überzeugt. Die Initiative soll gegebenenfalls im Oktober 2019 starten und sich dann in einem ersten Schritt auch auf die geplante Einführung des Mietendeckels beziehen.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die Damen Delègue, Jaeschke und Dr. Kramm sowie die Herren Eder, Gruhn, Henselek, Kaupert, Klusmann, Nolte, Paolini, Reinhardt und Schmidt. Zunächst wird im Lichte des historischen Kontexts Berlins noch einmal die Bedeutung der unternehmerischen Freiheit für die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Berlin betont, denn Überregulierungen schaden nicht nur dem Wohnungsbau, sondern der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung in der Stadt. Entsprechend breit sollten die unterschiedlichen Ausprägungen unter dem Motto „Berlin bleibt frei“ sein, um eine hohe Anschlussfähigkeit zu ermöglichen. Auf Nachfrage weist Herr Eder darauf hin, dass derzeit bereits Gespräche mit Verbänden und anderen wichtigen Stakeholdern in der Stadt stattfinden, um die geplanten Aktivitäten der IHK mit den schon bestehenden Initiativen aus der Berliner Wirtschaft sinnvoll zu verknüpfen.

TOP 4: Themenschwerpunkte Arbeitsprogramm 2020

Herr Nolte gibt der Vollversammlung anhand der als Anlage 3 beigefügten Präsentation einen Überblick über den Bearbeitungsstand der diesjährigen politischen Schwerpunktthemen sowie eine Vorschau auf die geplanten Aktivitäten im kommenden Jahr. Die Vollversammlung hat vor einem Jahr auf Basis der Ausschuss-Vorschläge die wichtigsten politischen Leitlinien identifiziert und sie als Schwerpunkte ihrer politischen Arbeit festgelegt. Die Themenschwerpunkte sind breit gefasst und erstrecken sich dementsprechend über mehrere Jahre, wobei in jedem Jahr bestimmte Aspekte angegangen werden sollen. Sie decken ein breites Spektrum an Themen ab, die vom Wirtschaftsverkehr, Entwicklung der Stadtquartiere und Wohnungsbau bis hin zur Entwicklung Berlins als High-Tech-Standort und der Stärkung der Dualen Ausbildung reichen. Im kommenden Jahr soll zudem, wie bereits besprochen, das Thema Unternehmerische Freiheit als übergreifender Schwerpunkt in den Fokus rücken, unter anderem auch durch Fortführung der Aktivitäten aus der diesjährigen Verwaltungskampagne. Den Fokus für das jeweilige Jahr bestimmen die Ausschüsse sowie die Vollversammlung der IHK Berlin. Auch in diesem Jahr wurden die Themenschwerpunkte in den einzelnen Ausschüssen bereits thematisiert. Nach der Befassung durch die Vollversammlung werden sich nun im nächsten Schritt die Ausschussvorsitzenden noch einmal gemeinsam hierzu austauschen, um die konkrete inhaltliche Ausrichtung bei den einzelnen Themenschwerpunkten und Zusammenarbeit der Ausschüsse im kommenden Jahr zu verabreden.

Abschließend betont Herr Nolte, dass die Themenschwerpunkte zwar die Schwerpunkte der Arbeit vorgeben, sie jedoch nur einen Ausschnitt aus dem gesamten Themenkanon der IHK Berlin darstellen. Alle anderen Themen finden sich weiterhin im vorgesehenen Arbeitsprogramm 2020 der IHK Berlin wieder.

Die Vollversammlung nimmt die vorgeschlagenen Konkretisierungen der politischen Schwerpunktthemen 2020 zustimmend zur Kenntnis.

TOP 5: Themen aus den Ausschüssen

1. Bericht des Fachausschusses Innovation & Technologie zur Entwicklung des High-Tech-Standortes Berlin

Herr Mathias Patz, Vorsitzender des Fachausschusses Innovation & Technologie, stellt der Vollversammlung anhand der als Anlage 4 beigefügten Präsentation die bisherigen Ergebnisse aus der Ausschussarbeit vor und gibt einen Ausblick auf die Schwerpunkte im kommenden Jahr. Im Jahr 2018 wurden bereits die ersten modularen Themenschwerpunkte für die Strategieentwicklung „Digitalhauptstadt Berlin“ identifiziert, um Berlin nachhaltig spürbar zum Innovationsstandort und zur Digitalhauptstadt zu entwickeln. In diesem Jahr ist die Initiative gemeinsam mit anderen Fach- und Branchenausschüssen sowie anderen relevanten Stakeholdern in der Stadt gestartet. Handlungsempfehlungen, die unterschiedliche Aspekte des Themas adressieren, wurden vorbereitet (z.B. Ausrichtung der Digitalagentur Berlin, Stärkung der Transferaktivitäten in die Wirtschaft sowie zum Ausbau der IoT-Infrastruktur) und gegenüber der Berliner Politik kommuniziert. Im kommenden Jahr wird der Fachausschuss auf die einzelnen Aspekte dieser Themen eingehen und sich u.a. als Berater in der landespolitischen Digitalisierungsstrategie positionieren, den weiteren Ausbau der IoT-Infrastruktur (einschl. Open Data) thematisieren und den Wissens- und Technologietransfer in den Mittelpunkt stellen.

2. Positionierung der IHK Berlin zum Thema CO₂-Bepreisung

In der aktuellen Debatte um zusätzliche klimapolitische Instrumente nimmt die CO₂-Bepreisung eine zentrale Rolle ein. Auch die Vollversammlung der IHK Berlin hat sich des Themas in ihrer Juni-Sitzung schon einmal kurz angenommen und den Fachausschuss Umwelt & Energie beauftragt, eine Positionierung zu erarbeiten. Diese ist in einer Sondersitzung Anfang September vom Fachausschuss sowie Mitgliedern zehn weiterer Ausschüsse erarbeitet worden. Herr Lutz Wedegärtner, Vorsitzender des Fachausschusses Umwelt & Energie, stellt anhand der als Anlage 5 beigefügten Präsentation die gemeinsame Position vor. Darin bekennt sich die Berliner Wirtschaft zu ihrer Verantwortung für einen ambitionierten Umwelt- und Klimaschutz. Um zusätzliche Impulse für nachhaltiges Wachstum in der Berliner Unternehmenslandschaft zu setzen, soll auch in der deutschen Klimapolitik eine marktwirtschaftliche Reform angegangen werden. Als zentrales Fundament einer effektiven und effizienten Klimapolitik soll künftig ein CO₂-Preis dienen. Dieser zentrale Baustein muss dabei in ein Gesamtmodell aus einer zielorientierten Förderung sowie Informations- und Beratungsangeboten eingebettet werden. Des Weiteren ist die Einführung einer CO₂-Bepreisung ebenso durch kompensatorische Maßnahmen zu begleiten, die neben einer Abfederung für private Haushalte gleichrangig eine aufkommensneutrale Ausgestaltung für Unternehmen und insbesondere für den Mittelstand garantieren. Schließlich muss ein CO₂-Preis auch international eingebettet sein. Vor diesem Hintergrund schafft daher langfristig nur ein einheitliches globales CO₂-Bepreisungssystem das aus Sicht der Wirtschaft notwendige Umfeld, um Wettbewerbsnachteile für Unternehmen am Standort Deutschland zu vermeiden.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich Frau Witt sowie die Herren Vagt und Wedegärtner. Hinterfragt wird die thematische Verzahnung dieser Position mit der diesbezüglichen Initiative des DIHK. Herr Vagt erläutert, dass die Initiative der IHK Berlin in ihrem Maßnahmenkatalog konkreter, jedoch anschlussfähig an die Initiative des DIHK sei.

Die Vollversammlung stimmt sodann einstimmig der Positionierung der IHK Berlin zum Thema CO₂-Bepreisung, wie am 09. September 2019 zugesandt, zu.

TOP 6: Regularien

1. Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung der Wirtschaftsführung 2018

Frau Dr. Kramm weist vorab darauf hin, dass das Haushaltsjahr 2018 mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen wurde und würdigt insbesondere die herausragenden Leistungen der Berliner Wirtschaft, die zu diesem Ergebnis beigetragen haben.

Frau Witt, die Vorsitzende der Etatkommission, berichtet anhand der als Anlage 6 beigefügten Präsentation, dass der Jahresabschluss 2018 von der Rechnungsprüfungsstelle für die IHKs geprüft worden ist. Er besteht aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018, der Erfolgs- und Finanzrechnung, den Plan-Ist-Vergleichen, dem Anhang und dem Lagebericht. Das Jahr 2018, das nach Erwerb des Ludwig Erhard Hauses erstmalig ein für IHKs „normales“ Jahr war, weist ein Ergebnis von 17,4 Mio. Euro aus. Ursächlich hierfür ist vor allem das gegenüber dem Plan 2018 um 6,8 Mio. Euro bessere

Jahresergebnis. Die Gründe für Planabweichungen im Jahr 2018 sind im Wesentlichen Mehrerträge aus Beiträgen, die Auflösung von Einzelwertberichtigungen sowie von Pensionsrückstellungen einerseits und andererseits Minderaufwand beim Material- sowie Personalaufwand und bei den sonstigen betrieblichen Anwendungen (u.a. wegen Verschiebungen und Einsparungen bei Projekten - Folie 3). Zusammen mit dem Ergebnisvortrag und den Rücklagenveränderungen (siehe Folie 4 und 5) beläuft sich das Ergebnis dann auf 17,4 Mio. Euro. Vom Ergebnis 2017 wurden 10,3 Mio. Euro bereits mit Beschluss der Vollversammlung vom 11. Januar 2019 verwendet und zum Ausgleich des Wirtschaftsplanes 2019 auf neue Rechnung vorgetragen. Vor diesem Hintergrund beträgt das verfügbare Ergebnis per 31.12.2018 7,1 Mio. Euro.

Herr Fahlbusch, leitender Prüfer der Rechnungsprüfungsstelle (RPS), erläutert, dass die Prüfung die Einhaltung der Grundsätze des öffentlichen Haushaltsrechts bestätigt hat. Die von der Vollversammlung zur Verfügung gestellten Mittel sind sparsam und wirtschaftlich verwendet worden. Eine Nachgenehmigung ist deshalb nicht erforderlich. Des Weiteren wurde für die Buchführung des Geschäftsjahres 2018, für den Jahresabschluss zum 31.12.2018 nebst Anhang sowie für den Lagebericht und die Wirtschaftsführung 2018 der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Frau Müller-Ziegler informiert die Vollversammlung, dass Herr Spieker und sie im Rahmen ihrer ehrenamtlichen Prüfung des Jahresabschlusses einen Prüfungsschwerpunkt auf das Beschaffungswesen der IHK Berlin gelegt haben. Sie haben stichprobenartig Einsicht in Beschaffungsunterlagen genommen und sich insbesondere mit den Beschaffungen zum Talente Check und zum Business Welcome Center befasst. Insgesamt haben sie keine Anhaltspunkte gefunden, die gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses sprächen. Sie beantragt deshalb die Entlastung von Präsidium und Geschäftsführung für das Wirtschaftsjahr 2018.

Die Vollversammlung stimmt zunächst einstimmig zu, die ersten beiden Beschlüsse offen und en bloc durchzuführen. Der Beschluss zur Entlastung der Wirtschaftsführung wird separat gefasst.

Danach stimmt die Vollversammlung bei einer Enthaltung der Feststellung des Jahresergebnisses 2018 zu. Über die Verwendung des bislang noch verfügbaren Teils des Ergebnisses 2018 in Höhe von 7.088.011,63 Euro wird im Rahmen der Verabschiedung des Wirtschaftsplanes 2020 entschieden.

Abschließend erteilt die Vollversammlung dem Präsidium und der Geschäftsführung für das Jahr 2018 bei elf Stimmenenthaltungen (inklusive der des gesamten anwesenden Präsidiums) Entlastung.

2. Neufassung des Statuts der IHK Berlin für die Ausstellung von Ursprungszeugnissen und anderen dem Außenwirtschaftsverkehr dienenden Bescheinigungen

Den Industrie- und Handelskammern (IHKs) in Deutschland obliegt nach § 1 Absatz 3 IHKG die Ausstellung von Ursprungszeugnissen (UZ) und sonstigen dem Wirtschaftsverkehr dienenden Bescheinigungen. Seit 2001 stellt die IHK-Organisation den Unternehmen alternativ zum Papierverfahren die Anwendung „Elektronisches Ursprungszeugnis“ (eUZ) zur Verfügung, mit der

Unternehmen Ursprungszeugnisse elektronisch beantragen können. Obwohl die Ausgestaltung des Verfahrens im Ermessen jeder IHK liegt, hat sich die IHK-Organisation auf ein Musterstatut geeinigt. Dieses Musterstatut wurde nunmehr überarbeitet und auch das Statut der IHK Berlin soll entsprechend angepasst werden.

Die Vollversammlung stimmt der Neufassung des Statuts der Industrie- und Handelskammer zu Berlin für die Ausstellung von Ursprungszeugnissen und anderen dem Außenwirtschaftsverkehr dienenden Bescheinigungen nebst Anlage Musterdokumente, wie in der Anlage 4 zur Einladung zugesandt, einstimmig zu.

3. Nachberufungen in die Ausschüsse der IHK Berlin

Seit der letzten Sitzung haben sich weitere Interessenten für eine Mitarbeit in den Ausschüssen gemeldet. Die Liste der nachzuberufenen Ausschussmitglieder wurde der Vollversammlung in der Anlage 6 zur Einladung zugesandt.

Die Vollversammlung stimmt den Berufungsvorschlägen, wie in der Anlage 6 zur Einladung zugesandt, einstimmig zu.

4. Nachbesetzung eines Arbeitgebervertreters für den Berufsbildungsausschuss der IHK Berlin

Frau Dr. Kramm erläutert, dass die IHK Berlin nach dem Berufsbildungsgesetz zuständige Stelle für die Berufsausbildung in nichthandwerklichen Gewerbeberufen ist und in dieser Funktion einen Berufsbildungsausschuss (BBA) errichten muss. Der BBA setzt sich aus je sechs Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie aus sechs Lehrkräften an berufsbildenden Schulen zusammen. Vorschlagsberechtigt für die Beauftragten der Arbeitgeber ist die IHK Berlin. Satzungsgemäß werden die Mitglieder von der Vollversammlung der IHK Berlin vorgeschlagen; die Berufung für eine vierjährige Amtsperiode erfolgt durch die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen. Die bisherige Arbeitgebervertreterin Annett Reusche, Hotel Sol Melia GmbH Deutschland, ist wegen beruflicher und örtlicher Veränderungen auf eigenen Wunsch ausgeschieden. Daher ist eine Nachbesetzung bis zum Ablauf der Berufungsperiode erforderlich. Als Vertreter der gleichen Branche hat Herr Philip Ibrahim, AccorInvest Germany GmbH, Mercure Hotel Berlin City seine Bereitschaft erklärt, in diesem Gremium mitzuwirken. Sein Mitwirken in diesem Gremium wäre insofern wichtig, damit die Hotel- und Gaststättenbranche mit ihrem hohen Ausbildungsbedarf weiterhin in dem Ausschuss vertreten bleibt.

Die Vollversammlung stimmt dem Nominierungsvorschlag von Herrn Philip Ibrahim, wie in der Anlage 7 zur Einladung zugesandt, einstimmig zu.

TOP 7: Verschiedenes

Zu diesem TOP gibt es keine Themen.

Frau Dr. Kramm dankt den Vollversammlungsmitgliedern für ihre Teilnahme und schließt die Sitzung um 19.00 Uhr.

Berlin, den 26. September 2019



Präsidentin



Hauptgeschäftsführer

Anlagen:

- Anlage 1: Anwesenheitsliste der Mitglieder
- Anlage 2: Präsentation Unsere Initiative zur unternehmerischen Freiheit
- Anlage 3: Präsentation Themenschwerpunkte Arbeitsprogramm 2020
- Anlage 4: Präsentation Bericht des Fachausschusses Innovation & Technologie
- Anlage 5: Präsentation Bericht des Fachausschusses Umwelt & Energie
- Anlage 6: Präsentation Jahresabschluss der IHK Berlin 2018